

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen Wärl. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortverkehr Viertel M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hinz. Postgebühr 24 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkündigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserte nur 8 Pf.
Auswärtige 10 Pf., die Klein-
spaltige Garnondzelle.
Reklamen 15 Pf. die
Peltzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fotogramms
und Kolorierung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbau.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag.
Sitzung vom 19. März.

Die Beratung des Etats für das ostafrikanische Schutzgebiet wurde heute zu Ende geführt. Herr Erzberger hat aus Ostafrika gehört, daß man dort keine Rede zum Schutz der Eingeborenen mit etwas unliebsamen Kommentaren versehen habe, und er hatte dem gegenüber das Bedürfnis, noch einmal alles zu wiederholen und zu bekräftigen, was er darüber gesagt hatte. Er zog koloniale Fachmänner und auch die Autorität des früheren Staatssekretärs Dernburg zur Unterstützung für seine Ansichten heran und verbat sich den Vorwurf, ostafrikanische Farmerkreise beleidigt zu haben. Dann aber hatte er den seltsamen Grupp-Erlaß des im Jahre 1893 in Ostafrika als stellvertretender Gouverneur amtierenden damaligen Majors v. Brochem ausgegraben. Und er verurteilte diesen Gruppoment recht nett. Herr v. Brochem ist inzwischen zum Generalleutnant aufgerückt, und er hat seine Sprachschärfe, der schon damals die Worte „unbeschämter Dieb“, „Schweinegel“ und anderes enthielt, durch die bekannten Worte erweitert, mit denen er den Reichstag als eine gemischte Gesellschaft und als eine Rote bezeichnete. Aber es war vielleicht die beste Erklärung, daß der so bezeichnete Reichstag heute recht herzlich über den Herrn gelacht hat. Der Staatssekretär erklärte, daß er jenen Erlaß über das Gröhen des Gouverneurs und seines Stellvertreters nicht in die Sammlung der Verordnungen aufgenommen habe, daß also Herrn v. Brochems Spuren in der Kolonie verweht und vergessen sind. Herr Roske meinte, man solle das Maulheldentum dieses Herrn nicht noch durch einen Protest würdigen. Es sei auch sehr gut, daß der Staatsanwalt auf solche Schreibhölzer nicht reagiere. Der Staatssekretär sprach im übrigen noch über einzelne Wünsche hauptsächlich in der Schulfrage. Er kündigte ein verbessertes Projekt zum Ausbau des Hafens von Dar-es-Salaam an und sprach Bedenken aus, die in Südwest-Afrika vielleicht mögliche Verlängerung der Dienstperioden auch für Ostafrika zu berücksichtigen. Der Staatssekretär schilderte sodann die Fortschritte, die Ostafrika unter der deutschen Herrschaft mit Bezug auf die Kolonialbehandlung gemacht hat, und suchte eine Brücke zu bauen zwischen den Wünschen des Reichstages auf Beendigung der Hausfladererei im Jahre 1920 und denen des Gouverneurs, der erst das Jahr 1930 dafür vorsehen will. Wenig Gegenliebe fand das bei Herrn Roske, dem jeder Gedanke an Elaverei ein Gröhen ist und der die Rücksichtnahme auf die Wirtschaftsverhältnisse der Pflanzer eine Schande für das Deutsche Reich nennt. Der nationalliberale Herr Reinath dagegen stellte sich mehr auf die Seite des Gouverneurs. Er wünschte im übrigen eine Aenderung der heutigen Rupienwährung und besprach Fragen des Eisenbahnbaues, während

der Fortschrittler Herr Bruchhoff sich mit der Lehrausbildung und -beförderung beschäftigte und eine Besserstellung der Lehrer verlangte, um keinen Mangel an Koloniallehrern entstehen zu lassen. Dann nahm man den Etat an mit der Resolution, die die Budgetkommission über die Hausfladererei vorlegte, und die den Reichskanzler für das nächste Jahr um Bekämpfung der getroffenen Maßnahmen bittet, und auch mit der Resolution zum Schutz der eingeborenen Arbeiter beim Bahnbau.

Es war voranzusehen, daß beim Etat für Südwest-Afrika die Diamantenfrage eine besondere Rolle spielen würde. Der Berichterstatter, Herr Waldstein von der Volkspartei, verwies denn auch auf die Mehreinnahmen von 16 Millionen Mark aus der Diamantensteuer und auf die dadurch geschaffene Möglichkeit, das Schutzgebiet zukünftig mit einem Drittel zu den Militär- und politischen Kosten heranzuziehen. Herr Hoch von der Sozialdemokratie aber ging ausführlich auf die Geschichte der ganzen Diamantenregie ein, auf ihre Reform und ihre Verhandlungen mit dem Antwerpener Syndikat. Er verlangte im wesentlichen eine stärkere Berücksichtigung der Förderinteressen und eine Vertretung der Diamantföhrer in der Regie. Aber Herr Hoch ist ein etwas aufgeregter Herr. Er sprudelt die Worte mit ungeheurer Schnelligkeit nur so heraus. Sein Ton ist scharf und klingt bissig, und die harmlosesten Dinge, die er sagt, werden in seinem Munde zu scharf klingenden Angriffen. So erging es denn auch dem Staatssekretär, der wohl Herrn Hoch nur als einen persönlich freundlichen Herrn in der Kommission und in privaten Gesprächen kennen gelernt hat und auch heute sagte, von ihm manche dankenswerte Anregung empfangen zu haben, etwas merkwürdig. Er hatte nur die schärfen Vorwürfe gehört, und er verwahrte sich dagegen in einer recht temperamentvollen und energischen Weise. Er mußte freilich später, als er das Stenogramm las, sich einigermaßen einschränken und den Ausdruck „Verleumdung“ einigermaßen einschränken und den Ausdruck „Verleumdung“ zurücknehmen, und der getränkte Herr Hoch stellte zum Schluß fest, daß er ja persönliche Angriffe gar nicht erheben, sondern nur aus Broschüren zitiert habe, um dem Staatssekretär Gelegenheit zu geben, diese Dinge ins Reich der Kräfte zu verweisen. Der Staatssekretär zeigte wenig Neigung, überhaupt über Diamanten zu sprechen. Er sagte, so sagte er, gerade vor dem Abschluß eines großen Geschäfts und wolle seine Karten nicht aufdecken. Er habe auch erst jetzt nach sechsmonatigen Kampf mit den Förderern Frieden geschlossen und will die alten Wunden nicht wieder aufreißen. Darin stimmte ihm auch Herr Erzberger zu, der bei weiterem Steigen der Einnahmen aus den Diamanten nicht nur ein Drittel, sondern später auch mehr Teilen der Militär- und Polizeitruppen in Südwest von der Kolonie selbst bezahlt haben will. Herr Waldstein von der Volkspartei nahm die angegriffenen Bankherren in Schutz, deren Tätigkeit in der Regie uneigennützig und gut gewesen sei,

und er verwies darauf, daß bei Ausschneiden der Diamanteneinnahmen, die ja nicht ewig das Rückgrat der Kolonialfinanzen bilden könnten, die Wirtschaft von Südwest durchaus nicht so erfreulich erscheint, da die normalen Einnahmen schon lange stagnierten. Trotzdem habe der Reichstag die Kolonie stets zu fördern gesucht, wie er auch jetzt wieder neue Bahnbauten bewillige. Diese Bahnen begrüßte der Redner im Interesse der Weißen wie der Eingeborenen, und er empfahl eine deutsche Kulturpolitik in den Kolonien, für die auch die Volkspartei gern zu haben sei.

Badisch-württembergische Parlamentarierkonferenz.

In Pforzheim hatten die nationalliberalen Fraktionen des württembergischen und des badischen Landtags eine Zusammenkunft. Es beteiligten sich daran 26 Abgeordnete. Zweck der Veranstaltung war, sich persönlich näher kennen zu lernen und sich über einige besonders aktuelle beide Staaten gleichermaßen berührende Fragen auszusprechen. Im Mittelpunkt der Besprechungen standen Erörterungen über die Donauversickerung und die Reduktion der Nationalisation.

Sachen gegen direkte Reichsteuern.

In der sächsischen Ersten Kammer gab Finanzminister Dr. v. Seubert eine Erklärung ab, in der es mit Bezug auf die Reichsvermögenszuwachssteuer heißt, die sächsische Regierung werde weiteren Eingriffen des Reichs in das Gebiet der direkten Steuern im Einvernehmen mit der Reichsregierung und den Bundesstaaten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein Parteitag der Welfen

hat in Berlin stattgefunden. Er begann mit einem Hoch auf das Herzogspaar und den neugeborenen Thronerben von Braunschweig. In der Diskussion über ein Referat über den Ausbau des Deutschen Reiches wurde viel über Rußland und das Slaventum gesprochen und über eine kulturelle Annäherung zu den Westslawen. Andere Redner warnten davor, Rußland als den Feind zu bezeichnen; nicht um Slaventum und Germanentum, sondern um Recht und Christentum gegen Revolution und Anti-Christentum handle es sich. Dann nahm man eine Resolution an, in der Protest wider das Unrecht gegen die Welfen erhoben wird, in der man sich nicht als Gegner des Deutschen Reiches, sondern als Hüter des Rechtes bezeichnet, als Kämpfer gegen die Vorherrschaft des preussischen Geistes. Die Aufgabe sei, ein deutsches Reich zu schaffen, das durch Vertrauen seiner Nachbarstaaten und enge Verbindung mit der habsburgischen Monarchie ein Kern und Stützpunkt eines mitteleuropäischen Bundes würde, der inmitten Europas als ein Hort des Rechtes und des Friedens die Interessen und die Zukunft der abendländischen Kulturgemeinschaft wahren werde.

So hoch der Baum auch ist, seine Blätter fallen doch zur Erde.
Erich von Dryden (Tribollantia.)

Durch eigene Kraft.

Von Otto Elster.

(Nachdruck verboten.)

Schluss.

„Ich bewundere Sie, Herbert!“
„Ich verlange keine Bewunderung und keine Anerkennung. Die Kultivierung dieses öden Stück Landes soll meine Lebensaufgabe sein, die Arbeit macht mir selbst Freude und gibt mir das Bewußtsein, nicht umsonst gelebt zu haben, sondern nicht nur mir, sondern auch der Allgemeinheit genützt zu haben. Schon haben sich mehrere Bauern der Umgegend mit angeschlossenen, um auch ihre Oedländer zu kultivieren. Sehen Sie, Herr Oberamtmann, deshalb liebe ich mein kleines Hasenwäldchen, deshalb will ich es nicht verlassen. Es ist meine Schöpfung, mein Werk, meine Arbeit. Aus eigener Kraft habe ich es geschaffen und will es einst anderen Händen überlassen.“
Herr Krüger reichte ihm die Hand.
„Ich habe nichts mehr zu sagen, Herbert.“ sprach er bewegt und ergötzt. „Sie haben recht — bleiben Sie hier — Sie sind hier der rechte Mann am rechten Plage. Und wenn Sie einmal Rat und Hilfe brauchen, ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung.“
„Ich danke Ihnen, Herr Oberamtmann.“
In tiefem Schweigen, ein jeder mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt, kehrten die beiden Männer nach dem Gute zurück. Hier hatten die jungen Damen den Kaffee in der Kaffeeblende gedreht und mit einem Strauß frischer Blumen geschmückt; die alte Marthe stand schon mit der dampfenden Kaffeekanne bereit, und in froher Laune setzte man sich zu dem einfach ländlichen Mahle nieder.
Aber jetzt hielt es den Oberamtmann nicht länger; er begann von der nachbringenden Arbeit Herberts zu sprechen und wußte diesen zu bewegen, seine Pläne näher auszusprechen. Obgleich Herbert in seiner zurückhaltenden Weise nicht darauf eingehen wollte, so mußte er doch sein System der Urbarmachung von Heide und Moor erklären. Der Oberamtmann nickte mehrere Male beifällig

mit dem Haupte; die jüngsten Mädchen hörten interessiert zu; und namentlich Elses Augen hingten mit dem Ausdruck der Begeisterung an den Lippen Herberts.
„Haben Sie meine neuen Hühner schon gesehen, gnädiges Fräulein?“ unterbrach die alte Marthe das wissenschaftliche Gespräch. „Es ist eine in heisser Gegend ganz unbekanntes Art, aber sie legen jeden Tag ihr Ei.“
Rosa sprang auf.
„Ah, die Hühner muß ich mir ansehen, Marthe“, sprach sie lebhaft. „Wenn Sie mir gestatten, muß ich mit Eier von ihnen geben, daß ich auch welche erhalte.“
Sie eilte mit Marthe davon. Auch Herr Krüger erhob sich. „Ich werde mir Ihren Küchengarten mal ansehen, Herbert“, sagte er lächelnd. „Sie sollen ja ganz vorzügliches Gemüse ziehen.“
Er entfernte sich, und Herbert und Elsie blieben allein. Eine Welle schwebte sie. Herbert rauchte seine Zigarre und Elsie machte sich mit dem Kaffeegeschir zu schaffen.
Es war Herbert, als befände er sich in einem schönen Traum. Er sah Elsie an dem Tisch seines Heims wachen und träumte davon, wie schön es sein müsse, wenn das alle Tage der Fall sein könnte. Ihm war schwer, und doch so glücklich ums Herz. Der Flieder duftete süß, in der hohen Luft kreuzten die jubelnden Schwärben und von den Wiesen herüber ertönte der Klang der Sense, die das reife Heu niederlegte.
Ein glückliches, einfaches, zufriedenes Heim, das er sich durch eigene Kraft geschaffen, stand vor ihm — würde Elsie es mit ihm teilen wollen?
Er seufzte leise auf.
Elsie sah ihn mit einiger Verlegenheit an. Erwartete sie da entscheidende Wort von seinen Lippen? Aber sie hatte ja selbst keine Lippen zum Schweigen verurteilt.
Endlich sagte sie: „Haben Sie lange nichts von meinem Bruder gehört, Herbert?“
„Franz schrieb mir jüngst“, entgegnete Herbert. „Er hat eine gute Stellung an einer großen Farm in Texas gefunden, er scheint tüchtig und brav zu arbeiten — Sie sollen sehen, Elsie, in einem Rahmen lehrte er gesund an Körper und Geist zu uns zurück.“
„Und das alles verdanke ich Ihnen, Herbert.“
„Nicht doch, Elsie — was ich tat, mußte ich tun — jeder Fehltritt kann geföhnt werden, wenn die wahre

Reue in unserem Herzen Platz gegriffen hat. Und das war bei Franz der Fall — deshalb konnte, deshalb mußte ihm geholfen werden.“
„Trübe wird sehr glücklich darüber sein.“
„Ich hoffe, sie wird einst noch glücklich mit Franz werden. Ihr kleiner Bub' befindet sich wohl?“
„Ja — der kleine Herbert ist ein reizendes Kind.“
„Das freut mich.“
„Und Sie wollen wirklich nicht nach Hammerdan zurückkehren, Herbert?“
„Nein — Sie hörten ja, daß ich hier meine Lebensarbeit gefunden habe.“
Wieder trat Schweigen ein. Elsie atmete hastig, ihre Wangen tauchten sich in dunkle Blüt, ihre Augen suchten verwirrt die Erde — und dann sagte sie leise, wie furchtsam und beschämt:
„Herbert — Ihre Arbeit wird schwer und hart sein?“
„Ja — aber ich fürchte mich nicht vor ihr.“
„Können Sie keinen Geföhren bei dieser Arbeit gebrauchen, der mit Ihnen alle Mühe und Sorge teilen möchte?“
Herbert sprang auf. Seine Augen leuchteten, seine Wangen glöhten.
„Elsie — diese Worte — verstehe ich Sie recht? — Wollen Sie — willst du dieser mein Geföhre sein?“
Sie nickte ihm unter Tränen lächelnd zu, und im nächsten Augenblick lag sie in seinen Armen.
„Ich habe dich alle die Jahre geliebt, Herbert“, flüsterte sie, „kannst du mir verzeihen, daß ich hart und trotzig zu dir war?“
„Ich danke dir dafür, mein teures Mädchen“, entgegnete er. „Durch deinen Stolz, durch deine Härte wurde auch ich stolz und hart, aber nicht in schlechtem Sinne — du lehrtest mich, wie ein Mann sein soll — hart in seiner Arbeit, stolz auf seine eigene Kraft, trotzig gegen jede Schwierigkeit, die sich ihm entgegen bäumt.“
„Aber vergiß nicht, Herbert, auch weich in seinem Herzen und edel in seinen Werken.“
„Und das hast du mich gelehrt, mein Mädchen — und deshalb bin ich jetzt so unglücklich glücklich. Alles ist dein Werk — alles verdanke ich dir.“
„Und deiner eigenen Kraft“, vollendete sie, stolz zu ihm aufblickend.
— Ende. —

Strasburg, 20. März. Die Ernennung des preussischen Ministers v. Dallwitz zum Statthalter von Elsaß-Lothringen soll unmittelbar bevorstehen. Graf Wedel ist in Berlin zwecks Unterredung mit dem Kaiser und dem Reichskanzler eingetroffen.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Verf. Bezirksamte Drehm in Großbottwar an das Bezirksnotariat Wildbad und Bezirksnotar Dummel in Jagstheim an das Bezirksnotariat Balldorf. Ernannt: die Eisenbahnpraktikanten erster Klasse Kaufmann zum Oberbahnassistenten in Stuttgart Hauptbahnhof, Dietrich zum Oberbahnassistenten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Ederpächer zum Oberbahnassistenten in Unterfärthheim, Deutler (Reinhold) zum Oberbahnassistenten in Weillbronn Hauptbahnhof, und Sprengler zum Oberbahnassistenten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen. In den Ruhestand versetzt: Oberfinanzrat Lang, Vorstand der Eisenbahnhauptmagazinverwaltung in Ehlingen, unter Verleihung der Insignien der Löwen zum Ritterkreuz des Ordens der Württembergischen Krone, Oberpostsekretär Rieger bei dem Postamt Nr. 1 in Ulm, Landgerichtsdirektor Götz in Ulm. Das K. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, hat den Oberbahnassistenten Feiler in Untingen seinem Ansuchen entsprechend nach Dietrichheim versetzt.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 19. März 1914.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung 9 1/4 Uhr. Man beginnt mit der Abstimmung über die Anträge zu der Eingabe um Schaffung einer Sonderanstalt für die Arbeiter der Verkehrsanstalten. Der Antrag von Kiene (Z.) und Gen. auf Berücksichtigung wird in namentlicher Abstimmung mit 47 zu 36 Stimmen bei einer Enthaltung (v. Mülberger D.B.) abgelehnt. Für den Antrag stimmen geschlossen das Zentrum und ein Teil des Bauernbunds. Der Ausschussantrag auf Erhöhung wird mit 42 gegen 41 Stimmen bei einer Enthaltung (Dr. Eisele Sp.) abgelehnt. Für diesen Antrag stimmte das Zentrum und der Bauernbund geschlossen, ferner die Abg. Baumann (D.B.) und v. Mülberger (D.B.). Der Antrag Kattulat-Hieber betr. einen staatlichen Zuschuss zu der Arbeiterpensionskasse wird einstimmig angenommen.

Man kommt zur ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr.

Massnahmen zur Verringerung der Kollage des Weingärtnerstandes.

Minister v. Fleischhauer: Für die Unterstützung von Notstandsarbeiten sind 275 000 M. vorgehalten, für Bewehrung zur Bekämpfung der Rebschädlinge 150 000 M. Bei letzterer Ausgabe kann es sich nur um eine ganz außerordentliche handeln; es darf nicht damit gerechnet werden, daß auch im folgenden Jahre die Kosten der Rebschädlinge in diesem Umfang auf die Staatskasse übernommen werden können. Als Beitrag an die Zentralleitung für Wohltätigkeit sind 30 000 M. für Verzinsung von Notstandsarbeiten 19 000 M. und für Geldbeiträge an Gemeinden an Stelle des Grundsteuernachlasses 35 000 M. eingestellt. Es wird die Frage geprüft werden, ob nicht in umfassender Weise für eine Verjüngung der Weinberge gesorgt werden soll. Ich bitte, die Vorlage wohlwollend zu beurteilen. Im übrigen sehen wir alles daran, um eine Verbesserung unseres Weinbaus herbeizuführen.

Präsident v. Kraut gibt bekannt, daß durch diese Vorlage die früheren Anträge Hanser (Z.), Haag (B.K.) und Vogt-Weinsberg (B.K.) erledigt sind. Abg. Hanser (Z.): Die Vorlage kommt reichlich spät; es wird sich aber jetzt darum handeln, den bedrängten Weingärtnern möglichst bald die Wohltätigkeit des Gesetzes zukommen zu lassen. Der Weinbau ist das Schmerzenskind unseres Staates geworden. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung in weitgehendem Maße der Weingärtnernot gesteuert hat. Die Weingärtner mügen daher wegen der Freischnur und der Mißerfolge nicht mutlos die Hände ins Korn werfen. Die Veräußerung der Weingärten, die steigende Erhöhung der Kosten für Weinberge und der Uebertritt der Weingärtner zur Industrie tun dem Weinbau großen Eintrag. Leider kann nicht allen Weingärtnern in vollem Umfang geholfen werden. Ich möchte bei diesem Anlaß betonen, daß das Versprechen der Weinstände unbedingt notwendig ist. Mit den von der Regierung getroffenen Massnahmen sind wir voll einverstanden. Sehr zu begrüßen ist auch die Privatwohltätigkeit, die erfreulicher Weise rege war. Die Stundung der Notstandsarbeiten wird den Gemeinden sehr willkommen sein, denn mancher Gemeinde wird es unmöglich sein, ihre Weingärtner über Wasser zu halten, wenn sie ihnen nicht durch geringe Darlehen hilft. Die Zentralkasse für die Landwirtschaft sollte die Gemeinden in der Aufnahme von Darlehen unterstützen. Die Rebsorten müssen ebenfalls verbessert werden; vielleicht kann die Regierung besondere Mittel zur Gewährung von Prämien ansehen.

Abg. Löchner (Sp.): Auch meine Partei wird die Gewährung staatlicher Beihilfe unterstützen und sieht die Notwendigkeit ein, daß der Staat, wenn die vorgezeichneten Mittel nicht ausreichen, noch weitere Mittel zur Verfügung stellen muß. Wie stimmen dem Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an den Finanzausschuss zu.

Abg. Schmid-Weißheim (B.): Wie erblicken in der Ueberweisung an den Ausschuss die geeignete Massnahme einer gerechten Verteilung der Unterstützungsbeträge.

Abg. Bey (Sp.) tritt ebenfalls für die Weingärtner ein. Die privaten Spenden sind sehr zu begrüßen. Eine Sammlung der Heilbronner Einwohnerschaft hat die schöne Summe von 14 000 M. ergeben.

Abg. Döschla (S.): Neben den in Not geratenen Industriearbeitern sind es die Weingärtner, die infolge der Freijahre um den Lohn ihrer Arbeit gebracht worden sind. Auch meine Partei betrachtet es als ihre Pflicht, für sie einzutreten, und wir werden im Ausschuss voll bemüht sein, den Weingärtnern baldige Hilfe zu bringen. Wir möchten aber auch wünschen, daß der 7. Nachtrag der für die Arbeitslosen sein möge und die Regierung ihr Versprechen, die Vorlage in Wälde einzubringen, einlöst.

Abg. Haag (B.K.): Die Verhauung, unsere Weinberge seien degeneriert und veraltet, ist nicht richtig. Wenn wir unsere Weinberge verjüngen würden, so würden vier oder fünf Jahre vergehen, bis dahin wäre unser Weinbau verloren. Es wäre ferner verfehlt, wenn der Weingärtner seine Hilfe von der Amerikanertriede herleiten wollte. Wir sind mit der Ueberweisung an den Ausschuss einverstanden.

Abg. Latges (B.K.): Der Weingärtnerstand ist einer der trübseligsten und ärmlichsten, er lebt sozusagen immer in guter Hoffnung. (Seitert.) Wir sind mit der Vorlage ganz einverstanden. Ich meine, die Regierung sollte die Ge-

währung von Notstandsarbeiten auch für die Zukunft aufrecht erhalten, da manche Gemeinde, die sich bis jetzt über Wasser halten konnte, darauf angewiesen ist, später die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen.

Abg. Feuerstein (S.): Auf das Argument des Bauernbundes, bei Agitationen die wohlbeleibte Sozialdemokratie auszuspielen, möchte ich nicht eingehen. Die Regierung möge die Gewährung von Staatsbeiträgen an Gemeinden anstelle des Nachlasses der Grundsteuer auf Weinberge in liberalster Weise in Anwendung bringen.

Abg. Vogt-Weinsberg (B.K.): Weil wir nicht immer die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen wollten und im Jahre 1912 immer noch auf ein besseres Jahr hofften, haben wir voriges Jahr den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt. Wir scheitern, daß die vorgezeichneten Mittel mit Rücksicht darauf, daß von der Not 21 Oberamtsbezirke betroffen sind, nicht ausreichen; die Regierung muß sich gefaßt machen, noch einige Hunderttausend Mark aufzubringen zu müssen. Im großen ganzen kann ich mich mit der Verteilung der Gelder einverstanden erklären. Die Weingärtner sind äußerst dankbar für die gewährte Hilfe. Daß die Weingärtner von dem 600 000 M. betragenden Darlehen erst 100 000 Mark abbezahlt haben, spricht deutlich für ihre Not.

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Feuerstein (S.) wird der Antrag auf Ueberweisung an den Finanzausschuss ohne Widerspruch angenommen.

Man kommt zu dem Antrag des Finanzausschusses zu dem Antrag des Abg. Graf (Z.) betr.

Neuregelung des Diätenregulativs.

Graf (Z.) wünscht eine möglichst baldige Neuordnung des Diätenregulativs, wobei insbesondere die Benützung von Kraftwagen zu berücksichtigen sei. Vor Erlassung der neuen Bestimmungen soll dem Landtag von denselben Kenntnis gegeben werden.

Berichterstatter ist der Abg. Scheel (Sp.). Der Finanzausschuss beantragt, die Regierung zu eruchen, hinsichtlich bald den Beamten bei dienstlicher Beschäftigung außerhalb ihres Wohnorts ihre ihnen zustehende Vergütung der Reiskosten und der Reisekosten unter Beachtung folgender Richtlinien neu zu regeln:

1. Für die bei dienstlicher Beschäftigung außerhalb des Wohnorts entstehenden Mehrkosten über den gewöhnlichen Wohnort des Beamten hinaus soll unter Festlegung bestimmter, im allgemeinen gegen bisher nicht erhöhter Tagesvergütungen Ersatz geleistet werden.

2. In geeigneten Fällen sollen an Stelle solcher Sätze pauschale Vergütungen gewährt werden.

3. Als Ersatz von Reisekosten soll der tatsächliche Aufwand vergütet werden, wobei die Möglichkeit der Benützung von Kraftwagenlinien in Betracht zu ziehen ist.

4. Gegebenenfalls ist auch hier auf die Festsetzung von Pauschalvergütungen oder Kilometergeldern Bedacht zu nehmen.

Vertreter aller Parteien mit Ausnahme des Zentrums sind mit der Regierung der Ansicht, daß es sich bei der Frage um eine Verwaltungsangelegenheit handelt, während der Abg. Graf (Z.) auf dem Standpunkt steht, daß eine gesetzliche Regelung möglich sei. Betrachte man die Sache als eine Verwaltungsangelegenheit, dann habe es auch keinen Sinn, der Regierung Direktiven zu geben. Finanzminister v. Gehler erklärt, daß die Regierung den Wünschen des Ausschusses möglichst entgegenkommen werde. Der Antrag wird sodann angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erklärt der Abg. Andre (Z.), daß bei den gestern besprochenen Wahlmacherschaften nicht ein Geistlicher, sondern ein Herr namens Pfarr tätig gewesen sei, der in seinem Verus Schriftsetzer sei.

Schluss der Sitzung halb 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr.

Die Besteuerungsrechte der Gemeinden.

Der Finanzausschuss und der Ausschuss für innere Verwaltung der Ersten Kammer hat in Abweichung von dem Beschluss der Zweiten Kammer beschlossen, dem Art. 23 des Gesetzes betreffend die Besteuerungsrechte der Gemeinden und Amtsförperschaften folgende Fassung zu geben: Die Gemeindefinkommenssteuer ist in Prozenten der Einheitsätze der staatlichen Einkommensteuer festzusetzen. Dieser Prozentsatz darf nicht mehr betragen als das Fünftel des über zwei Prozent hinausgehenden Gemeindeumlagefußes (Art. 12 Abs. 2) und er darf über fünfzig Prozent der Einheitsätze hinaus nur noch um das Fünftel des über sieben Prozent hinausgehenden Umlagefußes, jedoch höchstens bis auf fünfundsiebzig Prozent der Einheitsätze steigen. Zum Anlaß einer mehr als fünfundsiebzig Prozent der Einheitsätze betragenden Gemeindefinkommenssteuer ist die Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen erforderlich, die jeweils auf die Dauer von höchstens fünf Jahren erteilt wird. Ferner beschloß die Erste Kammer, den Beschlüssen der Zweiten Kammer über die Vermittlungen und Verhätungen nicht zuzustimmen. Im übrigen schloß sich die Erste Kammer den Beschlüssen der Zweiten Kammer an. — Den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu dem Gesetzesentwurf betreffend weitere Aenderung der Gesetze über die Besteuerungsrechte der Körperschaftsbeamten und ihrer Hinterbliebenen hat der Ausschuss für innere Verwaltung der Ersten Kammer im wesentlichen beigeprägt.

Falsches Geld. Wie von Seiten der Postbehörden gemeldet wird, kommen gegenwärtig wieder falsche Reichskassenscheine zu 100 M. und falsche Doppelkronen vor. Bei den falschen Reichsbanknoten fällt sich das Papier weicher und lappiger an als bei den echten Noten; auch sind sie 3 Millimeter kürzer und 2 1/2 Millimeter niedriger als die echten Scheine und die Zeichnung ist in mehreren Punkten unkorrekt. Dazu kommt, daß die roten Fasern auf der linken Hälfte durch rotbraune Striche ersetzt sind. — Die falschen Doppelkronen zeigen das Bildnis Kaiser Wilhelm I., die Jahreszahl 1873 und das Münzzeichen C; sie sind aus Antimon und Blei gegossen und schwach vergilbt. Auch fehlt der Goldklang und das Gewicht ist 3 Gramm weniger als die echten Doppelkronen.

Frühlingsanfang.

Am Samstag den 21. März, um 1 Uhr nachmittags, erreicht die Sonne in ihrer scheinbaren Wanderung den Schnittpunkt der Ekliptik mit dem Äquator, den sogenannten Frühlingspunkt. Damit erreicht in astronomischem Sinne der Winter sein Ende, und der Frühling beginnt. Man hat in diesem Jahre allerdings nicht erst auf seinen eigentlichen kalenbarischen Anfang zu warten brauchen; in Bezug auf die Witterungsverhältnisse herrscht tatsächlich schon seit dem Ausgang des Monats Januar zumindest ein meist sehr angenehmer Vorfrühling, und die seither vorgekommenen kurzen Rückfälle

in den Winter waren schon insofern nicht erwähnenswert, als die meisten Gegenden seit Ende Januar nennenswerte Fröste ebenso wenig wie Schneefälle von längerer Dauer gehabt haben.

Der vergangene Winter, wenn man unter diesem Begriff die beiden Jahreszeiten seit dem Perihelium zusammenfaßt, gehörte überhaupt wie die meisten seiner Vorgänger im 20. Jahrhundert zu den durchaus milden Wintern. Schon der Herbst ließ an sonniger Wärme und Freundlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig, und namentlich der Monat Oktober brachte wiederholt und längere Zeit hindurch trockenes Wetter mit für die Jahreszeit ungewöhnlich hohen Temperaturen. Im November, der zu Beginn gleichfalls noch ganz außerordentlich gelind war, nahmen die Niederschläge zwar zu; zwischenzeitlich gab es aber immer wieder Tage mit wenig oder gar keinem Regen und viel zu hohen Temperaturen. Dieser Witterungscharakter setzte sich bis zum Schlusse der ersten Dezemberwoche fort; erst dann kamen in der Ebene die ersten Schneefälle und leichtere Fröste vor, denen aber sofort wieder sehr milde Tage mit Tauwetter folgten. Erst zu Beginn der dritten Monatsdekade bildete sich in Süddeutschland die erste eigentliche Kälteperiode aus, die aber auch nur knapp eine Woche anhielt. Der Rest des Monats brachte wieder Tauwetter bis zum Sylvestertage, an dem endlich im ganzen Lande Frost einsetzte, nachdem der gewaltige mitteleuropäische Schneesturm einen großen Teil Deutschlands und der angrenzenden Gebiete unter dichter weißer Decke begraben hatte. Aber ebenso plötzlich, wie dieses winterliche Bild in Erscheinung getreten war, verschwand es auch wieder. Wohl herrschte am Neujahrstage noch im ganzen Lande mehr oder weniger strenge Kälte; aber im Norden trat schon am 2. Januar wieder Tauwetter ein, das sich rasch auch auf den Süden ausbreitete. Von neuem septen, nachdem schon der Dezember überaus reich an Niederschlägen gewesen war, ergiebigere Regenfälle ein, die erst zu Beginn der zweiten Januardekade ihr Ende fanden. Wie am Schlusse des Dezembermonats, so endigte auch die erste Januardekade an der Dürre: mit einer schweren Sturmflut, und gleichzeitig gingen im Osten nochmals ergiebige Schneemengen nieder. Dann trat allgemein Frostwetter ein, das ununterbrochen in Norddeutschland sowohl wie im Süden des Landes 18 Tage anhielt. Die niedrigsten Temperaturen kamen wie immer im Osten und Nordosten vor; auch in Mitteldeutschland und im Rheingebiet war der Frost zeitweilig recht streng. Die niedrigste Temperatur des Winters wurde am 15. Januar zu Habelschwerdt mit 29 Grad C. Kälte gemessen; tags zuvor brachte es Detelsburg auf 21 Grad, am 13. Januar Insterburg auf 20 Grad unter Null. Auch zwischen dem 1. und 2. Januar war in Ostpreußen das Thermometer bis auf -20 Grad gesunken; Kassel und Frankfurt a. M. brachten es gleichzeitig bis auf 14 Grad unter Null. In der zweiten Frostwoche hatte Thüringen die strengste Kälte mit 18 1/2 Grad am 24. Januar in Erfurt. Vom 27. Januar ab griff allgemein wieder Tauwetter Platz, wenn auch im Süden und in Mitteldeutschland die Nächte zunächst noch ziemlich kalt waren. Der Uebergang zu vorfrühlingshaft mildem Wetter trat sehr rasch ein; schon am 31. Januar stieg in Berlin und an verschiedenen anderen Orten das Thermometer bis auf 10, in Magdeburg sogar auf 12 Grad Wärme. Viel zu kalt war der Januar nur in Süddeutschland und in einem kleinen Teile des nordwestlichen Binnenlandes, wo die Abweichung bis zu 4 Grad von dem normalen Monatsmittel betrug. In den meisten Gegenden Norddeutschlands dagegen betrug das Wärmemanko kaum mehr als 1 Grad Kälte. Die zu Ende Januar eingetretene vorfrühlingshafte Wärme setzte sich fast den ganzen Februar hindurch fort, sodass dieser Monat in Norddeutschland so mild, sonnig und trocken verlief, wie seit langen Jahren kein Februar. In der zweiten Monatswoche betrug der Wärmeüberschuss beispielsweise in vielen Gegenden Norddeutschlands 6 bis 7 Grad; und die Temperaturen stiegen vielfach schon auf 14 bis 15 Grad Wärme. Nicht viel geringer war der Wärmeüberschuss in der dritten Februarwoche, die im ganzen Lande schon so gut wie frostfrei war. Erst die drei letzten Tage des Monats brachten einen gefinden Kälterückfall; das Thermometer sank bis in die Nähe des Gefrierpunktes oder ein wenig darunter; die Niederschläge gingen auch vereinzelt in Schneefälle über. Strenger Kälte kam jedoch nur im äußersten Nordosten vorübergehend zur Ausbildung, und zu Beginn des Monats März setzte bei erneut hoch emporspringenden Temperaturen die unruhige und regenreiche, aber fast ununterbrochen vorfrühlingshafte Witterung ein, die bis zum Äquinoktium gehalten hat.

Ueber den Witterungscharakter des kommenden Frühjahres läßt sich im gegenwärtigen Moment noch schwer etwas voraussagen. Man kann aber annehmen, daß es zumindest an einzelnen Perioden recht warmen Wetters nicht fehlen wird, die sich nach so milden Wintern fast einzustellen pflegen. Freilich sind bei einem Umschwung auch die Rückfälle dann umso heftiger, und es wird insbesondere interessant sein, zu beobachten, ob sich auch diesmal nach vorheriger Frühlingwärme im April wiederum die schweren Nachfröste einstellen werden, die namentlich im vergangenen Jahre so gewaltigen Schaden angerichtet haben, und von denen Mitteleuropa bereits drei Jahre hintereinander regelmäßig heimgesucht worden ist.

Stuttgart, 19. März. Wie bereits angekündigt, wird der König mit der Königin und Gefolge am nächsten Montag vormittags 9.10 Uhr im Sonderzug nach München reisen, um den Besuch des dortigen Königspaars zu erwidern. Die Rückreise erfolgt am Dienstag abends 9.24 Uhr.

Stuttgart, 19. März. Wie wir von zuständiger Stelle hören, hat Frau Palm-Cordes durch ihren Rechtsbeistand den Vertrag mit der Hoftheaterintendantin lösen lassen und scheidet sofort aus dem Hoftheaterverbande aus. Frau Palm-Cordes hatte einen noch bis 1916 laufenden Vertrag, der aber der Künstlerin infolge von Meinungsverschiedenheiten nicht länger haltbar erschien. Sie wird als Mitglied des Kgl. Hoftheaters während der nächsten Spielzeit in Karlsruhe, Nürnberg und am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg fügen.

Stuttgart, 19. März. Das Inf.-Regiment Nr. 121 feiert am 18. März 1914 das Jubiläum seines 200jährigen Bestehens. Vorbereitungen zu einer entsprechenden Feier sind bereits im Gange. U. a. hat die Vereinerung ehemaliger 121er bereits die Sammlung einer Jubiläumsgabe in die Hand genommen.

Stuttgart, 19. März. Die Gründung des Verein Freilichttheater im Döberwald, der den Fortbestand des Unternehmens vom vorigen Sommer sichern soll, ist nunmehr erfolgt. Zum Vorsitzenden wurde Stadtrat Stähler gewählt. Der Mitgliederbeitrag beträgt 10 M. Außer dem Räubern soll in diesem Sommer auch noch Schillers Braut von Resina und Wallensteins Lager zur Aufführung gelangen.

